

### Leider können wir derzeit keine neuen Freilassungen von Gefangenen melden.

Ein Interview mit Germain Rukuki von der ACAT Burundi, s.u., kann uns aber Hoffnung vermitteln, dass unsere Aktionen nicht vergeblich sind – und dass sie die Inhaftierten im Gefängnis auf unterschiedlichsten Wegen erreichen und ihnen Kraft geben können.

### ACAT Online-Gebetstreffen

➔	Das nächste Online-Gebetstreffen findet am Montag, <b>20. Februar 2023</b> , um 20 Uhr statt. Teilnehmende an bisherigen Treffen erhalten eine Benachrichtigung per Email, wenn ein Gebet stattfindet. Wenn Sie grundsätzlich an einer Teilnahme interessiert sind und über anstehende Termine informiert werden möchten, melden Sie sich bitte unter <a href="mailto:info@acat-deutschland.de">info@acat-deutschland.de</a> an.
---	--

### Spendenquittungen

➔	<p>Sollten Sie einmal keine Spendenquittung von uns erhalten haben, so können Sie von der Kleinspendenregelung bis 200,-- EUR Gebrauch machen: Als Spendennachweis dienen der entsprechende Kontoauszug sowie die Daten zur anerkannten Gemeinnützigkeit der bedachten Organisation:</p> <p>Die „Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e.V.“ ist wegen der Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheids des <b>Finanzamts Hildesheim, Steuer-Nr. 30/214/43747, vom 01.08.2022</b> nach § 5, Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit.</p> <p>Der Freistellungsbescheid bestätigt, dass auch die Mitgliedsbeiträge nach § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG wie Spenden abziehbar sind.</p> <p>Falls Sie auf jeden Fall – unabhängig von der Spendensumme – eine Quittung erhalten möchten, so bitten wir Sie auf Ihrer Überweisung Ihre Adresse und den Hinweis „Bitte um Spendenquittung“ zu ergänzen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die die ACAT-Arbeit mit ihren Geldzuwendungen unterstützen!</p>
---	--

### Interview mit Germain Rukuki

➔	<p>ACAT Schweiz hat ein ausführliches Interview mit dem Menschenrechtsverteidiger <b>Germain Rukuki</b> veröffentlicht. Germain Rukuki wurde im Sommer 2021 nach 4 Jahren willkürlicher Haft in Burundi freigelassen und lebt nun im Exil in Brüssel. Er hat sich lange für die <b>ACAT Burundi</b> und andere Menschenrechtsorganisationen engagiert. Auch im Exil setzt er sich weiter für Menschen in seiner Heimat ein. Das gesamte Interview ist auf Deutsch auf der Website der ACAT Schweiz nachzulesen: <a href="https://www.acat.ch/__/frontend/handler/document/42/2107/Aktiv%20werden%20mit%20ACAT_2023-01.pdf">https://www.acat.ch/__/frontend/handler/document/42/2107/Aktiv%20werden%20mit%20ACAT_2023-01.pdf</a></p> <p>Auf die Frage, was ausschlaggebend gewesen sei für seine Freilassung, antwortet Rukuki: „Es gab viel «Lärm» um meinen Fall. Am Tag meiner Verhaftung redeten alle darüber in den sozialen Netzwerken. Bei der Einvernahme durch den nationalen Geheimdienst kam ein Kommissar und erzählte seinem Kollegen, der mich verhörte, dass es gerade Warnmeldungen über meine Verhaftung hagle. Die FIACAT (ACAT-Dachorganisation), die ACAT-Netzwerke, Front Line Defenders, Amnesty International und viele andere führten Aktionen durch. All diese Briefe und Kampagnen haben meinen Fall in der ganzen Welt bekannt gemacht. Sie veranlassten Diplomaten dazu, Druck auf die burundischen Behörden auszuüben. Die Vereinten Nationen befragten die burundische Regierung zu meinem Fall. Sie haben nie eine Antwort erhalten. All dieser Lärm hat geholfen, das Versagen der burundischen Justiz zu entlarven – und hat schliesslich zu meiner Freilassung geführt.“</p>
---	---

## ACAT unterstützt Appell mit über 150 NGOs für Schließung von Guantanamo

➔ Zum 11. Januar 2023 haben über 150 Nichtregierungsorganisationen aus den USA und zahlreichen weiteren Ländern an **US-Präsident Biden** appelliert, das Gefangenenlager Guantanamo zu schließen. ACAT Deutschland hat zusammen mit der FIACAT und vielen weiteren ACATs den Aufruf unterstützt. Auch der Bundesverband der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland hat sich beteiligt sowie OMCT (Weltorganisation gegen die Folter). Initiiert wurde die Aktion vom Center for Constitutional Rights mit Sitz in New York.

In dem Brief heißt es, unter den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten gegen überwiegend muslimische Gemeinschaften begangen wurden, sei das Gefangenenlager in Guantánamo exemplarisch für die **Abkehr von der Rechtsstaatlichkeit**. Es wird auch daran erinnert, dass auf demselben Militärstützpunkt Guantanamo Bay Naval Base auf Kuba die Vereinigten Staaten Anfang der 1990er Jahre verfassungswidrig haitianische Flüchtlinge unter erbärmlichen Bedingungen inhaftiert haben.

"Guantánamo fügt den alternden und zunehmend kranken Männern, die dort immer noch auf unbestimmte Zeit festgehalten werden - die meisten ohne Anklage und keiner von ihnen hat ein faires Verfahren erhalten -, weiterhin eskalierenden und tiefgreifenden Schaden zu."

Die Gruppen fordern Biden auf, Guantánamo zu schließen, die unbefristete militärische Inhaftierung der dort festgehaltenen Personen zu beenden und "nie wieder die Militärbasis für die unrechtmäßige Masseninhaftierung irgendeiner Gruppe von Menschen zu nutzen".

Der vollständige offene Brief an US-Präsident Biden in englischer Sprache ist hier zu finden: <https://ccrjustice.org/2023-sign-letter-urging-president-biden-close-guantanamo>

Anlässlich des 21. Jahrestags der Eröffnung des Gefangenenlagers am 11. Januar möchten wir nochmals auf den kürzlich erschienen **Gedichtband „Gedichte aus Guantanamo“** hinweisen. In dem Buch werden Texte von Inhaftierten aus dem Gefangenenlager Guantanamo veröffentlicht, herausgegeben von Sebastian Köthe, Matthes & Seitz Berlin, 131 Seiten, Preis: 16,00 €.

## Jahresbilanz der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen - Teil 2: getötete Medienschaffende

➔ Neben einer Statistik über die Anzahl inhaftierter Medienschaffender weltweit im Jahr 2022 (s. ACAT Aktuell Januar 2023) hat Reporter ohne Grenzen (RSF) auch Angaben zur Anzahl der getöteten Personen im Zusammenhang mit journalistischer Tätigkeit veröffentlicht.

### **Krieg, organisierte Kriminalität und Korruption: Zahl der getöteten Medienschaffenden gestiegen**

Nach zwei Jahren Abwärtstrend sei die Zahl der im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getöteten Journalistinnen und Journalisten wieder gestiegen: „Im Jahr 2022 kamen 57 Medienschaffende ums Leben, fast 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Einer der Gründe für diesen Anstieg ist die russische Invasion in die Ukraine, die in diesem Jahr mit acht getöteten Medienschaffenden das zweitgefährlichste Land weltweit für Medienschaffende wurde. Zu den Getöteten gehören der ukrainische Fotograf **Maxim Lewin**, der nach Erkenntnissen von RSF am 13. März gezielt von russischen Soldaten erschossen wurde, und der französische Videoreporter **Frédéric Leclerc-Imhoff**, der auf dem Weg zu Dreharbeiten in der Ostukraine durch einen Granatsplitter getötet wurde.

Mit fast 65 Prozent kam die Mehrzahl der 2022 getöteten Journalistinnen und Journalisten jedoch außerhalb von Kriegsgebieten ums Leben. Auch ihr Anteil ist gestiegen, was zum einen daran liegt, dass Medienschaffende nach der Aufhebung der Reisebeschränkungen wieder verstärkt vor Ort berichten. Zum anderen gelang es mehreren Staaten nicht, die bei ihnen grassierende Gewalt einzudämmen und Medienschaffende zu schützen. Allein in Mexiko wurden mindestens elf Journalistinnen und Journalisten ermordet. Der amerikanische Doppelkontinent war die gefährlichste Region für Journalistinnen und Journalisten: Fast die Hälfte aller getöteten Medienschaffenden kam dort ums Leben. Knapp 80 Prozent aller 2022 getöteten Journalistinnen und Journalisten wurden aufgrund ihrer Arbeit gezielt ermordet. Besonders gefährlich waren, wie schon in den Vorjahren, Recherchen zu den Themen organisiertes Verbrechen und Korruption.“ RSF erwähnt auch die Schicksale von 65 Verschwundenen, die für die Presse gearbeitet haben. Dies betreffe besonders Syrien, Irak und den Jemen. Zudem sei in Mali der französische Journalist Olivier Dubois 2021 entführt worden.